

UNIVERSITÄTS DIREKTION



An das
Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

Zahl P/05-146/92

1. Schrift GESETZENTWURF
1. 152 GE/19 P2
Datum: 26. JAN. 1993
Gültig 27. Jan. 1993

St. Wölker

Wien, 25. Januar 1993

Betreff: Novelle zum Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen, Aussendung zur Begutachtung; BMWF GZ 68.211/30-I/B/5A/92 vom 3. Dezember 1992.

Die Universitätsdirektion der Wirtschaftsuniversität Wien beeht sich beiliegend 25 Ausfertigungen der Stellungnahme zu übermitteln.

Um gef. Kenntnisnahme und weitere Veranlassung wird gebeten.

Der Universitätsdirektor:

 ROMANA BAUER

Kopie:

Bundesministerium für
Wissenschaft und Forschung

Abteilung I/B/5A

STUDIENKOMMISSION BETRIEBSWIRTSCHAFT
AN DER WIRTSCHAFTSUNIVERSITÄT WIEN

Bundesministerium für
Wissenschaft und Forschung
Abt. I/B/5A

21. 1. 1993

SPW

im Wege der Universitätsdirektion

P105-146/92

1993 01 19

Betreff: Stellungnahme zur Novelle zum Bundesgesetz über
sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studien-
richtungen - GZ 68.211/30

Sehr geehrte Frau Ministerialrätin Dr. Korsche!

Fristgerecht übersende ich Ihnen hiermit eine kurze Stellungnahme
zur Novelle zum Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissen-
schaftliche Studienrichtungen:

Unter Punkt 9 des vorliegenden Entwurfs ist die Erweiterung des
12 um den Absatz 4 mit folgender Formulierung geplant:

"(4) Ausländische Studierende, deren Mutter- oder Bildungssprache
nicht Deutsch ist, sind berechtigt, Deutsch als lebende Fremd-
sprache gemäß Abs. 2 zu wählen."

Ich plädiere dafür, diesen Absatz zu streichen.

Begründung:

- (1) Eine derartige Wahlmöglichkeit würde eine beträchtliche
Diskriminierung der Studierenden mit Deutsch als Mutter- oder
Bildungssprache darstellen.
- (2) Angesichts der Tatsache, daß von einer derartigen Wahl-
möglichkeit derzeit mehr als 1000 Studierende an der Wirt-
schaftsuniversität betroffen wären, wäre die Einrichtung
eines eigenen Ordinariats mit einer entsprechenden hohen
personellen Ausstattung wohl unumgänglich. Dies dürfte bei
der derzeitigen Budgetsituation größere Probleme
bereiten.

Hinsichtlich der übrigen geplanten Änderungen habe ich keine
Einwände.

Mit vorzüglicher Hochachtung

o. Univ.-Prof. Dr. Peter Faller

Fakultätsvertretung SOWI
an der Universität Wien
Dr. Karl Luegerring 1
1010 Wien
Tel.: 40103/2253

REZENZIEN
-GE/10-

4. FEB. 1993

05. Feb. 1993

An das
Präsidium des Nationalrates
Dr. Karl Rennerring 3
1010 Wien

M. Rützler
Wien, am 29.1.1993

Betreff: Novelle zum Bundesgesetz über sozial- und wirtschafts-
wissenschaftliche Studien

Sehr Geehrte Damen und Herren !!

Die Fakultätsvertretung der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien lehnt die Abschaffung des Studienzweiges der Studienrichtung BWL „Öffentlichen Wirtschaft und Verwaltung“ ab. Die angeführte Begründung für die Abschaffung erscheint uns mehr als nur fragwürdig. Wir sind davon überzeugt, daß die Attraktivität des Studiums durch eine Reform beträchtlich gesteigert werden könnte.

mfg

Rützler Martin
Rützler Martin
(Vorsitzender)

